

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

43. Jahrgang / 208

28. Oktober 1988

Heinz Putzrath zur Lehre aus der Pogromnacht vom November 1938: Wer schweigt, macht sich mitschuldig.

Seite 1

Klaus Wettig MdEP zum Rücktritt Hasselmanns: Warum nicht jeder, der eine Eiche genannt wird, schon eine Eiche ist.

Seite 3

Doris Odendahl MdB zur Berufsbildungsdebatte des Deutschen Bundestages: Eine Fülle ungelöster und neuer Aufgaben.

Seite 5

Hans Kolo MdL zu einer Initiative der SPD im Bayerischen Landtag: Die Ozon-Problematik ernst nehmen.

Seite 6

Wer schweigt, macht sich mitschuldig

Die Lehre aus der Pogromnacht vom November 1938

Von Heinz Putzrath
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Was im November 1938 im sogenannten Großdeutschen Reich geschah, machte allen Deutschen und der Welt sichtbar, welchen Verfolgungen die Juden ausgesetzt waren.

Den Anfang bildete ihre Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben, das Ende die Massenmorde in den Vernichtungslagern.

Der Antisemitismus hat zwar eine lange Geschichte, nicht nur in Deutschland, aber die Nazis haben ihn zur herrschenden Ideologie erhoben. Wenn die deutsche „Herrenrasse“ triumphieren wollte, mußte sie neben den politischen Gegnern einen Sündenbock haben, der besonders wehrlos war. Der Jude wurde zum Verursacher aller Übel erklärt, zum Feind, den es zu bekämpfen galt.

Nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Unterdrückung aller anderen politischen Gegner waren die Juden den Nazimachthabern schutzlos ausgeliefert. Nur sehr mutige Grup-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by the Verlag der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands



pen und Einzelpersonen halfen ihnen gelegentlich. Ihre Degradierung und Isolierung in der Gesellschaft konnten sie nicht verhindern.

Was verharmlosend die „Reichskristallnacht“ genannt wurde, war ein Pogrom. Juden wurden ermordet, zu Tausenden mißhandelt, in Konzentrationslager verschleppt, ihres Eigentums beraubt, ihre Wohnungen und Geschäfte wurden demoliert, ihre Synagogen in Brand gesteckt und zerstört.

Die Nacht vom 9. zum 10. November 1938 in Deutschland war das bis dahin deutlichste Farnal zur Vernichtung der Juden. Der Pogrom gab den Nazibanden und ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre niedrigsten Instinkte an den Juden auszutoben.

Wichtiger als die Frage, ob diese Ereignisse von vornherein geplant, organisiert oder spontane Reaktionen auf die Erschießung eines deutschen Diplomaten waren, ist die Frage: Wie konnte es zu dem Pogrom kommen, welche Kette systematischer Entrechtungen und Erniedrigungen der Juden haben ihn vorbereitet?

Niemand in Deutschland konnte sein Gewissen damit beruhigen, daß er nicht mit eigenen Augen gesehen habe, wie die Synagogen brannten, wie Geschäfte demoliert und geplündert wurden, wie jüdische Menschen, oft Nachbarn, ohne Warnung oder gesetzliche Grundlage verhaftet und abtransportiert wurden. Alle hätten es wissen können und wußten auch, was schon vorher den Juden angetan worden war. Aber viele wollten es nicht wissen, viele sahen ohnmächtig weg.

Uns bleibt die Verpflichtung, nicht zu verdrängen und zu vergessen, was damals geschah. Wer schweigt, wenn Menschenrechte verletzt, wenn religiöse, ethnische oder andere Gruppen aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden, macht sich mitschuldig. Das ist die Lehre aus der Pogromnacht vom November 1938.

{-/28.10.1988/rs/ks}

Warum nicht jeder, der eine Eiche genannt wird, schon eine Eiche ist

Eine Nachlese zum Rücktritt Hasselmanns

Von Klaus Wettig MdEP

„Er stürzte wie eine deutsche Eiche“ und ähnliche Bilder mußten herhalten, um den Rücktritt des niedersächsischen Innenministers Hasselmann zu illustrieren. Ob solche Bilder angemessen sind, darüber wird irgendwann die Zunft der Historiker entscheiden. Hier und heute kann nicht auf Anmerkungen verzichtet werden, die das allzu freundliche Bild der Realität annähern.

Hasselmanns Bedeutung hat nie in seiner Ministertätigkeit gelegen, aber als CDU-Landesvorsitzender hat er es vermocht, drei auseinanderstrebende Landesverbände (Hannover, Braunschweig, Oldenburg) zu einem aktionsfähigen Landesverband zusammenzuschweißen, in dem die Ansprüche des katholischen, des konservativ-protestantischen Flügels und die welfische Tradition der ehemaligen DP zurückgedrängt wurden. Eine beachtliche Leistung, ohne die aus der niedersächsischen CDU niemals die stärkste Partei des Landes geworden wäre und für die ihm seine Partei durchaus Dank schuldet.

Anders verhält es sich mit dem Minister Hasselmann, der wahrscheinlich nur durch ein Merkmal in die Landesgeschichte eingehen wird: die zweitlängste Ministerzeit. Nur der frühere Ministerpräsident Kubel übertrifft Hasselmanns 17 Jahre. Was bei Kubel aber erfolgreiche Tätigkeit in jedem Ressort war, ist bei Hasselmann allenfalls geschickte PR-Arbeit, niemals aber dauerhaft wirkende Leistung gewesen.

Von den fünf Amtsjahren als Landwirtschaftsminister der Großen Koalition (1965 bis 1970) sind keine Spuren geblieben. Im Rückblick auf diese agrarpolitisch wichtige Phase, als die ersten EG-Marktorfnungen ihre Wirkung entfalteten, fällt nur auf, daß die von Kubel 1959 bis 1965 eingeleitete Dynamisierung der niedersächsischen Landwirtschaft nur zögerlich fortgesetzt wurde. Es ist durchaus die Frage erlaubt, ob nicht gerade in diesem entsprechenden Zeitraum Versäumnisse entstanden sind, die bis zum heutigen Tage die Anpassung der niedersächsischen Landwirtschaft an veränderte Bedingungen erschweren.

Die große Ministerzeit Hasselmanns begann 1976 und endete 1986. In diesen zehn Jahren residierte er als Bonner Statthalter des Landes und hielt sich mit einer Fülle von PR-Aktionen im Gespräch. Jagdhorn-Blasen, Nordlichter-Reise usw., usw. alles diente dem Image Niedersachsens. Auch hier ist die Frage erlaubt, ob es nicht ein antimodernes Bild war, das hier von Niedersachsen gezeichnet wurde, und daß nicht wenige dieser Aktionen das Land als zurückgeblieben erscheinen ließ, was es nicht ist und als was es auch nicht erscheinen sollte.

Bei Sichtung des Ertrags dieser Jahre fällt auf, daß Niedersachsen erstaunlich wenig finanzielle Unterstützung vom Bund erhalten hat. Bis 1982 konnte als Grund dafür immer die böse sozialliberale Koalition genannt werden, aber danach waren es doch wohl Hasselmanns Parteifreunde, die in Bonn regierten und zu denen er so glänzende Beziehungen hatte. Richtig ist eher, daß er nie Konzentration und Fleiß für das harte Geschäft des Verhandels von Bundeszuschüssen aufbrachte, und daß deswegen Niedersachsen in diesen Jahren deutlich bei den Bundesbeteiligungen zurücklag. Mangelnder Fleiß und mangelndes Verständnis waren es sicher auch, die Hasselmann seine Zuständigkeit für die EG nie richtig ausschöpfen ließ, auch hier nur PR statt solider Arbeit.

Geschäitert ist Hasselmann nun als Innenminister. Seinem Traumamt, wie er immer betonte, dann der inneren Sicherheit fühlte er sich besonders verpflichtet. Jetzt wird schon die Legende gepflegt, alle Probleme der zweijährigen Amtszeit habe er seinem unfähigen Vorgänger zu verdanken. Daran ist schon merkwürdig, daß dieser als unfähig bezeichnete ehemalige Innenminister Möcklinghoff gut acht Jahre Innenminister war und sein Abgang 1986 als Folge der Koalitionsraison dargestellt wurde. Sollte in all diesen Jahren Hasselmann und Albrecht nicht aufgefallen sein, daß dieser Minister das Innenministerium verkommen ließ?

Selbst wenn dieses nicht erkannt worden ist, bleibt die Frage nach der Leistung Hasselmanns in der eigenen Amtszeit. Diese Zeit war bestimmt von Feinlichkeiten, Täuschungsmanövern und Skandalen, bei denen Hasselmann niemals erkennen ließ, daß er auch nur annähernd Herr der Lage war, oder daß es ihm ernst war mit einer rechtsstaatlichen Führung des Innenministeriums.

Dieses grandiose Scheitern von zwei CDU-Innenministern in den zwölf Jahren Ministerpräsidentenschaft Albrecht, denen sich noch Innenminister Groß vom Koalitionspartner FDP zwischen 1976 und 1978 hinzugesellt, der während der Waldbrandkatastrophe seine Inkompetenz demonstrierte, läßt fragen, wie es mit der Kompetenz der Konservativen bestellt ist, ein sensibles Haus wie das Innenministerium zu führen. Toll ist die Leistung dieser Leute jedenfalls nicht, die immer so tun, als ob nur auf sie bei der inneren Sicherheit Verlaß sei. Da müssen sich die sozialdemokratischen Innenminister Niedersachsens nicht verstecken, denn alle, von Hinrich-Wilhelm Kopf, Richard Borowski, Otto Bennemann bis Richard Lehnert haben ihr Amt aufrecht verlassen können und einfach waren auch damals die Zeiten für Innenminister nicht.

(-/28.10.1988/rs/ks)

Eine Fülle ungelöster und neuer Aufgaben

Zur Berufsbildungsdebatte des Deutschen Bundestages

Von Doris Odendahl MdB

Obfrau der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Der Bundestag hat am Donnerstag über den Berufsbildungsbericht 1988, über Überbetriebliche Berufsbildungsstätten, und über die Entschließung des europäischen Parlaments zur Chancengleichheit zwischen Jungen und Mädchen im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung debattiert.

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt (Stichtag 30. September 1988) hat sich rein zahlenmäßig weiter entspannt. Doch das große Strukturgefälle zwischen den Regionen besteht weiter und es gibt auch weiterhin in zukunftsorientierten Berufen kein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen. Diese Entwicklung sowie Maßnahmen dagegen wurden im Berufsbildungsbericht 1988 aufgezeigt. Die Bundesregierung hat bisher konkrete Maßnahmen verweigert. Der SPD-Antrag zum Berufsbildungsbericht 1988 fordert politische Entscheidungen, vor allem mit dem Ziel, die Benachteiligung junger Frauen, die regionalen Strukturunterschiede und Fehlausbildungen zu beseitigen.

Wichtig für die berufliche Bildung sind die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten. Diese unterstützen die berufliche Erstausbildung im dualen System für Klein- und Mittelbetriebe und das Handwerk. Die SPD hat hierzu den Antrag für die weitere Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten auch im Hinblick auf die multifunktionale Nutzungsmöglichkeit im Rahmen der Weiterbildung eingebracht. Das in diesem Antrag angeforderte Konzept für die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten wurde vom Bildungsminister vorgelegt, orientiert sich allerdings starr an den 1975 festgelegten Zahlen, berücksichtigt nicht technologische, regionale und gesellschaftliche Entwicklungen, setzt dort keine Schwerpunkte der Förderung, wo sie nötig sind und senkt den prozentualen Förderanteil des Bundes zu Lasten der Länder und der an überbetrieblichen Ausbildungsstätten beteiligten Kommunen, Kammern, Betriebs und freien Träger.

Die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung zieht sich dort aus der Verantwortung zurück, wo sie Geld kosten soll: Sonderprogramme zur Ausbildung junger Frauen in gewerblich-technischen Berufen wurden verhindert. In der Konzeption für die überbetriebliche Ausbildung senkt der Bund seinen Finanzierungsanteil und gefährdet so den Bestand und die Vielfalt zukunftsorientierter überbetrieblicher Aus- und Weiterbildungsangebote. Als in der AFG-Novelle die Qualifizierungsoffensive abgebaut wurde, sah der Bildungsminister taten- und wortlos zu. Die Bundesregierung ist trotz ständiger gegenteiliger Versicherungen, nicht bereit, zusätzlich ausreichende Mittel für die Sprachförderung, Ausbildung oder ergänzende Ausbildung der Aussiedler zur Verfügung zu stellen; in der Berufsbildungspolitik ist dieses Problem bis heute nicht berücksichtigt.

Wenn die Bundesregierung Freizügigkeit und freien Zugang zum Arbeitsmarkt innerhalb Europas durch den europäischen Binnenmarkt 1992 als große Chance darstellt, muß sie in der Berufsbildungspolitik Weichen stellen. Bis heute hat der Bildungsminister nicht sagen können, welche Schritte die Bundesregierung unternimmt, um die Qualität der beruflichen Bildung für die Bewohner der Bundesrepublik, wie auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auf einem hohen Stand zu sichern, denn an schlecht ausgebildeten oder mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann kein europäischer Staat und auch kein europäischer Arbeitgeber langfristig Interesse haben.

Die Entschließung des Europäischen Parlamentes zur Chancengleichheit zwischen Jungen und Mädchen im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung zeigt Wege für die Berufsbildungspolitik der Mitgliedstaaten. Auch die Bundesregierung ist damit angesprochen. Diese Entschließung enthält viele von der SPD seit langem geforderte Maßnahmen. Die Lage junger Frauen auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt erfordert die gründliche Beschäftigung mit dieser Entschließung und die Umsetzung der Forderungen.

Im Bereich der beruflichen Bildung gibt es eine Fülle ungelöster, aber auch neuer Aufgaben und überhaupt keinen Grund, sich entspannt in den Sessel zu legen. (-/28.10.1988/rs/ks)

* * *

Die Ozon-Problematik ernst nehmen

Bayerns SPD fordert eine exakte Untersuchung der Wirkung vermehrter UV-Strahlen

Von Hans Kolo MdL
Umweltpolitischer Sprecher der SPD im Bayerischen Landtag

Das Ozonloch über der Antarktis ist bereits zur wissenschaftlichen Tatsache geworden, doch auch die nördliche Erdhalbkugel bleibt keineswegs vom Schwund der Ozonschicht verschont. Die Folge davon sind vermehrt die Erdoberfläche erreichende UV-Strahlen, die unter anderem für Menschen erhöhtes Krebsrisiko bedeuten.

Wie die UV-Strahlen auf Mensch, Tier und Pflanze wirken, welche Veränderungen sich im Gewebe ergeben, ist nach Meinung der Wissenschaftler noch zu wenig untersucht. Sie liefern damit unfreiwillig einen Grund für verantwortungslose Politiker, nichts gegen die Zerstörung der Ozonschicht vor allem durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (Treibgase) zu unternehmen. Besonders die amtierende Bundesregierung in Bonn hat sich hier durch unrühmliches Zögern hervorgetan, während selbst die konservative britische Regierungschefin Margaret Thatcher den Schutz der Ozonschicht als wesentliche ökologische Zukunftsaufgabe herausgestellt hat.

Diesem Informationsdefizit, das die Kohi-Regierung willkommen als Rechtfertigungsgrund für ihre Untätigkeit (beim Handeln wohlgerne, nicht bei den Absichtserklärungen) mißbraucht, wollen wir nun im Bayerischen Landtag begegnen. In einem Antrag haben wir gefordert, Haushaltsmittel für einen Forschungsauftrag bereitzustellen, der klären soll, welche Gefährdungen des Menschen, der Tiere und der Pflanzen durch die zusätzlichen UV-Strahlen infolge des Schwunds der Ozonschicht zu erwarten sind.

Die bisherigen Erkenntnisse über die Wirkung des starken UV-Lichts sind jedenfalls in höchstem Maße alarmierend. Es ist zu verweisen auf die Untersuchungen von Professor M. Tevini vom Botanischen Institut der Universität Karlsruhe, der mit Pflanzen in Klimakammern, Gewächshäusern und im Freiland experimentiert hatte. Über 200 Pflanzenarten - darunter landwirtschaftliche Kulturpflanzen wie Sojabohnen und Erbsen sowie verschiedene Getreidesorten - wurden dabei der verstärkten UV-Strahlung ausgesetzt. Dabei stellte Professor Tevini fest, daß über die Hälfte der Pflanzen darauf „reagiert und qualitativ und quantitativ unterschiedliche Schäden gezeigt“ hätten. Professor Tevini weiter: zwar seien viele Pflanzenarten in der Lage, etwa Schutzpigmente zu bilden, das Risiko einer ökologischen Gefährdung der Pflanzenwelt müsse jedoch als hoch angesehen werden.

In seinem Gutachten räumt der Karlsruher Professor ein, daß der gesamte Bereich noch zu wenig erforscht ist und daß es dringend notwendig ist, derartige Untersuchungen an verschiedenen geographischen Standorten vorzunehmen. Diesem Wunsch wollen wir, die SPD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag, mit einem Antrag Rechnung tragen und die Untersuchungen gleichzeitig auf den Menschen und die Tiere ausdehnen. Wir brauchen endlich gesicherte Ergebnisse, um auch die letzten Zweifler zu überzeugen. Dies darf jedoch nicht bedeuten, daß die verantwortlichen Politiker in Bonn noch weiter zuwarten und sehenden Auges in eine erkennbare ökologische Katastrophe steuern.

(-/28.10.1988/rs/ks)